

Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Intertagsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 6. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 4. Januar 1879.

Deutschland.

Berlin, 3. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat die Erlaubnis zur Anlegung des Großkreuzes des Kaiserlich österreichischen Franz-Josephs-Ordens, des Kaiserlich russischen St. Stanislausordens erster Klasse und des Groß-Offizierkreuzes des Königlich italienischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens im Wirklichen Geheimen Legationsrat Bucher vortragenden Amt, erheilt.

Der Gerichtsassessor Peters zu Straßburg ist zum Friedensrichter in Bischöflich ernannt worden.

Se. Majestät der König hat dem Bürgermeister Winkler in Neisse den Titel als Oberbürgermeister verliehen.

Der ehemalige Lehrer am Kadettenhause zu Potsdam Dr. Alfred Gustav Friedrich Tyszla in Ottweiler ist zum Kreis-Schulinspektor im Regierungsbereich Trier ernannt worden. Im Gymnasium zu Tübingen ist der ordentliche Lehrer Ludwig Ehrhardt zum Oberlehrer befördert worden. An dem Schulehrer-Seminar zu Habelschwerdt ist der provvisorische Lehrer Döring als ordentlicher Lehrer und an dem Schulehrer-Seminar zu Fulda der Schulamtskandidat Schäfer daselbst als Hilfslehrer angestellt worden.

Berlin, 3. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den Polizei-Präsidenten von Madai, den Geheimen Cabiets-Rath, Wirklichen Geheimen Rath von Wilmowski, sowie den Ober-Ceremonienmeister Grafen Stillfried zum Vortrage und ertheilte dem Grafen zu Stolberg-Rosla, sowie einer Deputation vom Kriegerverein aus Berlin und Umgegend, unter Führung des Fabrikbesitzers Diersch, Audienzen. — Im Kaiserlichen Palais findet heute ein Diner statt, zu welchem die hier anwesenden commandirenden Generale geladen sind.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] ertheilte gestern Vormittag um 10½ Uhr der Deputation der Halloren Audienz. Um 11 Uhr begaben sich Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinzen Herrschaften mit Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm nach Potsdam und kehrten im Laufe des Nachmittags nach Berlin zurück. — Heute Vormittag nahm Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz militärische Meldungen entgegen und ertheilte dem Oberstleutnant Brix, Vorsteher der Geheimen Kriegs-Kanzlei, befußt Uebergabe der Rang- und Quartierliste pro 1879 Audienz. (Reichs-Anz.)

■ Berlin, 3. Jan. [Zolltarif-Commission]. — Richtigstellung. — Zur Aufhebung von auf Grund des Socialisten-Gesetzes eingetretenen Verboten. — Tag des Ordensfestes. — Termin der Reichstags-Einberufung. — Dr. Kögel. — Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern von Anfang April bis Ende November.] Nachdem die Zolltarifreform-Commission heute Mittag 12 Uhr seitens des Staatsministers Hofmann persönlich begrüßt worden, trat dieselbe unter dem Vorsitz des Ministers v. Barnbüler im Reichskanzleramt zu einer ganz kurzen Sitzung zusammen. Die nächste ist auf morgen anberaumt. Es werden diese morgende und die weiteren Sitzungen in dem Gebäude Wilhelmstraße 70a abgehalten werden. — Offiziell wird geschrieben: Die „Königl. Zeitg.“ ließ sich am 1. Januar telegraphiren, es habe die Absicht bestanden, dieselben Handelsverträge zwischen auswärtigen Staaten und dem Zollverein, deren Kündigung noch nicht erfolgt war, vor Ablauf des vergangenen Jahres zu kündigen. (Wir hatten dieses Telegramm reproduziert. D. R.) Diese Meldung ist irrtümlich; nur diejenigen Verträge, welche ein Tarif-Verhältnis zwischen den betreffenden Staaten und dem Zoll-Verein und dem deutschen Reich als Nachfolger des Zollvereins begründet haben, sollten gekündigt werden. Verträge solcher Art bestanden nur noch mit Belgien und der Schweiz. Nachdem beide Verträge am 31. December 1878 gekündigt worden, laufen dieselben am 31. December 1879 ab, wie sich von selbst versteht, vorbehaltlich einer anderweitigen Verständigung. — Ferner wird offiziell mitgetheilt: Eine hiesige Correspondenz weiß zu erzählen, die in mehreren Fällen erfolgte Aufhebung des auf Grund des Socialisten-Gesetzes eingetretenen Verbotes von Druckschriften sei aus Anlaß vertraulichen Einwirkens des Grafen Eulenburg geschehen; u. d. hat derselbe das Verbot der „Zittauer Zeitung“, obgleich noch keine Beschwerde vorlag, in der Reichskommission mit bedeutamer Accentuirung zum Vortrag gebracht. Dies habe hingereicht, um die Aufhebung von Dresden aus herbeizuführen. Die ganze Erzählung ist jedoch irrig, ein Vortrag oder eine Befreiung über dieses Verbot hat in der Be schwerde-Commission durchaus nicht stattgefunden, offenbar kam es dem Correspondenten auch nur auf die Nutzanwendung an, welche er dahin zieht, daß Graf Eulenburg Fehler der Beamten im Stillen gut zu machen sucht, gegen Dritte aber sich seiner Beamten antnehme. — Die „Mgdb. Zeitg.“ enthält in einer Berliner Correspondenz die Angabe, es werde die Feier des Kronungs- und Ordensfestes diesmal am 19. stattfinden. Es ist dies offenbar eine Conjectur, auf den Umstand begründet, daß der 18. auf einen Sonnabend fällt. Über den Tag der Begehung des Ordensfestes liegt jedoch bisher eine Allerhöchste Entschließung nicht vor. Wenn derselbe Correspondent meldet, daß in der nächsten Zeit über den Termin der Reichstagsberufung werde beschlossen werden, so ist freilich selbstverständlich, daß dies geschehen muß. Erwägungen hinsichtlich des Termins haben aber z. B. weder stattgefunden, noch ist ein Tag bestimmt, an welchem dieselben eintreten sollen. — Es bestätigt sich, daß der Ober-Cons.-Rath und Ober-Hosprediger Dr. Kögel zum Besitzer des Evangelischen Ober-Kirchen-Raths berufen worden und zwar unter gleichzeitiger Entbindung von seiner Stellung als Vortragender Rath im Cultusministerium. — Nach der amtlichen Aufstellung der zur Anschreibung gelangten Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern für die Zeit vom 1. April 1878 bis Ende November verblichen der Reichskasse nach Abzug der Bonifikationen an Zöllen 67,997,463, an Rübenzuckersteuer 13,888,688, an Salzsteuer 23,475,708, an Tabaksteuer 198,068, an Branntweinsteuer 19,959,849, an Uebergangsabgabe an Branntwein 68,849, an Brauosteuer 10,660,858, an Uebergangsabgabe von Bier 594,867 Mark, in Summa 136,884,380 Mark. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Minus von 7,101,887, welches namentlich bei den Zöllen und bei der Rübenzuckersteuer eingetreten ist.

= Berlin, 3. Januar. [Tarif-Enquête-Commission]. — Vorlage über die Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei für das Deutsche Reich. — Gesetzentwurf über die Beschränkung der Bausfreiheit in Straßburg.] Die Tarif-Enquête-Commission hat heute ihre Arbeiten im Reichskanzler-Amt begonnen. Der Präsident des letzteren, Staatsminister Hofmann

begrüßte die Versammlung mit einer kurzen Ansprache und eröffnete sodann der Vorsitzende, Frhr. v. Barnbüler, die Sitzung, welche sich heute lediglich um Formalien bewegte. Dem Vernehmen nach werden Gang und Resultat der Berathungen der Commission vorläufig streng vertraulich gehalten werden. Darüber aber waren die Mitglieder schon heute einer Meinung, daß die Lösung der Aufgabe, welche der Commission gestellt ist, mehr Zeit in Anspruch nehmen werde, als erforderlich sein möchte, um mit den Resultaten noch den nächsten Reichstag zu befassen. — Die preußische Regierung hat bei dem Bundesrat die Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei für das Reich beantragt. Der Antrag geht davon aus, daß gesetzlich die Bestimmungen über den Umsatz des Betriebes der für das Reich erworbenen ehemaligen Decker'schen Geheimen Ober-Hospbuchdruckerei vom Etatsjahr 1878/79 ab gesetzlich festgestellt werden soll.

„Die in Folge dessen stattgehabten Erwägungen über die Art der künftigen Betriebsgestaltung haben zu der Überzeugung geführt, daß es nicht zweckmäßig wäre, die neue Reichs-Anstalt und die vorhandene königlich preußische Staatsdruckerei getrennt von einander bestehen zu lassen, daß vielmehr die Zusammensetzung beider Anstalten zu einem einheitlichen Reichsinstitut ebenso sehr im Interesse des Reiches, wie in demjenigen Preußens sich empfiehlt. Zu diesem Zweck ist die Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei für das Reich notwendig geworden. Der Antrag enthält dann einen Gesetzentwurf von 4 Paragraphen, deren erster den Reichskanzler ermächtigt, die königlich preußische Staatsdruckerei künftig für das Reich zu erwerben. § 2 ermächtigt den Reichskanzler, die Entschädigungssumme an Preußen mit 3.573.000 M. und die einmaligen Ausgaben befußt der Verschmelzung der ehemaligen Decker'schen Hof-Buchdruckerei mit der Staatsdruckerei im Höchstbetrag von 1.300.000 Mark, im Ganzen also die Summe von 4.873.000 M. durch eine verzinliche Anleihe nach dem Gesetz vom 19. Juni 1868 aufzubringen und Schatzanweisungen auszugeben. Nach § 3 werden die Bestimmungen über den Umsatz des Betriebes der Reichsdruckerei, sowie über die Verwendung der Mittel zu ihrer Herstellung durch den Reichshaushaltsetat getroffen. Endlich setzt § 4 fest, daß die Anleihe-Bestimmungen für Zwecke der Marine und Telegraphenverwaltung auch auf die nach dem gegenwärtigen Gesetz aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schatzanweisungen Anwendung finden sollen. Beigelegt ist der Vertragsentwurf zwischen Preußen und dem Reich, über die Abtreitung der preußischen Staatsdruckerei, welcher 10 Paragraphen umfaßt. Motiviert ist der Antrag mit Hinweis auf die Zweckmäßigkeit gründe. Als Zeitpunkt des Überganges der preußischen Staatsdruckerei mit allem Zubehör an das Reich ist der 1. April d. J. in Aussicht genommen, weil an diesem Tage ein neues Rechnungsjahr beginnt und bis dahin noch die nötigen Einrichtungen zur Umwandlung der Staatsdruckerei in eine Reichsanstalt zu treffen sind.

— Ein dem Bundesrat schon in der letzten Plenarsitzung vorgelegter Entwurf betreffend Beschränkungen der Bausfreiheit in den neuen Stadttheilen von Straßburg umfaßt 5 Paragraphen und ordnet im Wesentlichen an, daß nach der Bekanntmachung des festgestellten Bebauungsplanes für das durch die Erweiterung der Umwallung von Straßburg der Stadt zutretende Terrain Neubauten, sowie Um- und Ausbauten auf denjenigen Grundstücken, welche nach dem Bebauungsplan zur Anlegung von Straßen und öffentlichen Plätzen bestimmt sind, nur mit Genehmigung des Bürgermeisters stattfinden dürfen.

■ Berlin, 3. Jan. [Manifestation der Freihändler]. — Die Zolltarif-Revisions-Commission, die Steuerfragen und die constitutionellen Garantien. — Die Arbeiten der Budget-Commission. — Stellung des Cultusministers. — Preisaukschreiben. — Zulassung der Realschul-Abiturienten. — Theatercensur.] Nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Parteien rüsten sich, um in der bevorstehenden Reichstagscampagne zu den Ergebnissen der heute beginnenden Berathungen der Zolltarif-Commission Stellung zu nehmen. Von freihändlerischer Seite, und zwar von den liberalen Mitgliedern des Reichstages geleitet, wird eine Manifestation gegen die Zoll- und Steuerpolitik des Reichskanzlers erfolgen, wie er sie in seinem Schreiben vom 12. November an den Bundesrat befußt. Einsetzung der Zolltarif-Revisions-Commission, ferner in seinem vielbesprochenen Schreiben vom 15. December und endlich in seiner Antwort an den Centralverband der deutschen Lederindustriellen niedergelte. Über die Form des Manifestes ist man im freiländlerischen Lager noch nicht schlüssig geworden, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß diese äußerlich der Eingabe des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit an den Bundesrat nicht gleichen wird. Während diese Eingabe, nach Form und Inhalt auf die Mitglieder der Revisionscommission berechnet, einen Ton anschlagen mußte, der auf die höhere und technisch gebildete Intelligenz zu wirken hatte, wird die in etwa 8 Tagen erfolgende freihändlerische Manifestation einen populären Charakter tragen und nicht nur eine scharfe Kritik der schuzzöllnerischen Politik üben, sondern auch in präziser Weise die Forderungen der Freihändler zur heutigen Wirtschaftslage aussstellen. — In schuzzöllnerischen Kreisen, die Fühlung mit der Regierung haben, erklärt man, daß der Reichskanzler speciell die Aufforderung an den Frhr. v. Barnbüler bei dessen Anwesenheit in Friedrichshafen richtete, die Arbeiten der Zolltarifrevision in der Commission möglichst zu beschleunigen, damit dieselben in der diesjährigen Reichstagsession abgeschlossen werden können. Jene Abgeordneten, welche sich einen unbeschagten Blick über die Parteiverhältnisse im Reichstage bewahrt haben, nehmen jedoch an, daß es sich nicht bloß um die zollpolitischen, sondern auch um die Steuerfragen handelt, bei welch letzteren die constitutionellen Garantien von der großen Mehrheit des Hauses, einschließlich der Ultramontanen, in den Vordergrund gestellt werden. Über diese Angelegenheit ist in der Presse manches veröffentlicht worden, was an maßgebender Stelle unangenehm berührt haben soll und vielleicht eines Dementis bedürftet hätte. Indes scheint es, daß spezielle Verhandlungen zu einer Ablösung der Fragen geführt haben und kein Grund mehr vorhanden ist, sie der Öffentlichkeit vorzuhalten. Wenigstens ersehen wir aus den vorliegenden Nachrichten, daß ein Compromiß zwischen den Nationalliberalen und Freiconservativen über die Quotierung der direcen Steuern unter Zustimmung der Regierung bereits abgeschlossen worden

ist. Auch würde der Finanzminister Hobrecht im Abgeordnetenhaus mittheilen, daß die verfassungsmäßigen Vorkehrungen getroffen sind, welche die Volksvertretung bei der Einführung und Erhöhung indirekter Steuern im Reiche erforderlich hält. — Der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses liegen noch wichtige Arbeiten vor. Noch ist der Eisenbahnenet und der Stat der allgemeinen Finanzverwaltung zu erledigen, während der Nachtragsetat des Justizministeriums noch fehlt. Bevor dieser nicht eingegangen, kann das Plenum des Hauses ein Vorwurf nicht treffen, wenn sich seine Arbeiten ungehörlich verlängern. In Bezug auf den Eisenbahnenet sind aus dem Schoße der Commission Anfragen an die Regierung ergangen, deren theilweise Beantwortung heute in metallographischen Abdrücken an die Mitglieder der Budget-Commission erfolgt ist. Der wichtigste Theil der Anfragen ist bis zur Stunde noch nicht beantwortet, dürfte jedoch vor Schluss der Ferien Erledigung finden. — Man ist nicht überall, selbst in geringen liberalen Kreisen, geneigt, das Verbleben fahrlässig in Ante und die Sicherung ungetrübten Allerhöchsten Vertrauens, welche ihm vor wenigen Tagen durch ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers ausgesprochen worden ist, allzu optimistisch aufzufassen. Auch befiehlt die Meinung derer, welche annehmen, daß das Abgeordnetenhaus mit der Frage der Ernennung der beiden neuen Oberkirchenräthe nicht befaßt werden wird, da für dieselben ein Gehalt nicht ausgeworfen werden soll. Um meistens bedauert wird die ungemeine Stärkung, welche das schon im Oberkirchenrat in der Mehrheit befindliche orthodoxe Element durch die Ernennung von Kögel und vielleicht auch von Baur erfährt. — Der Verein der deutschen Eisenbahn-Verwaltungen hat jetzt in Bezug der früher gegebenen Auktion in einem Preisaukschreiben zu einer Arbeit über die in Folge der ungünstigen Lage des Eisenbahnenet bereits seit längerer Zeit in Aussicht genommene Abschaffung der ersten Wagenklasse aufgesondert. Es würden alsdann, wie neulich schon auseinandergesetzt wurde, noch drei Wagenklassen beibehalten werden, von denen die erste gepolsterte, die zweite ungepolsterte und die dritte keine Sitze erhalten soll. Im Publikum macht sich bereits einige Agitation gegen das Projekt bemerkbar, die aber von der jedenfalls irrtümlichen Voraussetzung ausgeht, daß bei der Neuordnung die alten Fahrpreise für die bisherigen drei ersten Klassen beibehalten werden sollten. — Nach Ablauf der parlamentarischen Ferien wird sich das Abgeordnetenhaus, oder vielmehr zunächst die Unterrichts-Commission desselben wieder mit der oft erörterten Frage der Zulassung der Realschul-Abiturienten zu dem medicinischen Studium zu beschäftigen haben. Es liegen bereits mehrere Petitionen (von einer Reihe preußischer Realschulen, an deren Spitze das Curatorium der Duisburger Realschule steht, von den Berliner Realschulen etc.) vor, welche in gleicher Weise die Regelung der Frage in bezahendem Sinne befürworten. Man kann nicht leugnen, daß die Freunde des Realschulweises sehr rührig sind. So extrahieren sie jetzt der Reihe nach Gutachten von bedeutenden Dozenten der medicinischen Fächer an den Universitäten, welche die Vorbildung der Gymnasial-Abiturienten in Mathematik und Naturwissenschaft ganz ungünstig gefunden haben wollen und von der Zulassung der Realschüler eine förmliche Besserung des ärztlichen Standes zu erwarten scheinen. So weit wird nun freilich das Abgeordnetenhaus und seine Commission nicht gehen, da nun einmal nicht verhehlt werden kann, daß noch immer die Mehrzahl der medicinischen Facultäten für die Gymnasialbildung eintritt. Indes ist kaum daran zu zweifeln, daß sich die Wünsche der Realschulfreunde bei unsern parlamentarischen Körperschaften immer noch einer bedeutend günstigeren Aufnahme zu erfreuen haben, als bei der Regierung. — Der neueste Erlass des hiesigen Polizei-Präsidiums findet, so weit er die Dingelangelwirtschaft trifft, wohl ziemlich allgemeine Billigung. Indes richtet derselbe seine Spitze auch gegen die Theaterfreiheit und bedeutet im Grunde nichts Anderes, als die förmliche Wiedereinführung der Theatercensur, die freilich in Berlin wie in anderen preußischen Städten faktisch niemals aufgehoben worden ist. Vom 15. Februar d. J. ab sollen, angeblich mit Rücksicht darauf, daß alte Theater- und Gesangstücke, deren Aufführung unter ganz anderen Verhältnissen genehmigt worden ist, jetzt noch vielfach aufgeführt werden und „Aergerniß erregen“, in allen hiesigen Theatern nur solche Vorstellungen veranstaltet werden dürfen, zu welchen von Neuem im Jahre 1879 die Genehmigung nachgesucht resp. ertheilt werden ist.

— ch. Berlin, 2. Jan. [Die Zulassung der Realschul-Abiturienten zum Studium der Medicin.] Das Duisburger Realschul-Curatorium, welches seit einer Reihe von Jahren die Interessen der Realschulen erster Ordnung mit ebensolcher Eifer, als Geschick vertritt, hat dem Abgeordnetenhaus eine Petition zugehen lassen, worin es gebeten wird, die Staatsregierung zu erufen, ihren Einfluß im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß bei Festsetzung der neuen Medicinal-Prüfungsordnung den Realschul-Abiturienten ein gleiches Recht wie den Gymnasial-Abiturienten in Bezug der Zulassung zum Studium der Medicin und zu den medicinischen Staatsprüfungen eingeräumt werde. Ähnliche Petitionen geben den Haushalt von dem Vorstande des deutschen Realschulmännervereins und von den Berliner Realschul-Directoren zu. Man hofft die Erwartung, daß diesmal das Abgeordnetenhaus sich nicht durch grundlose Vorurtheile abhalten lassen will, die Bitte der Realschulmänner, deren Erfüllung auch für zahlreiche preußische Städte von großer Wichtigkeit ist, voll und ganz zu erfüllen und dafür einzutreten, daß wenigstens in Bezug des Studiums der Medicin die Gleichstellung der Realschul-Abiturienten mit den Gymnasial-Abiturienten erfolgt, denen sie bezüglich der wissenschaftlichen Vorbildung in Mathematik und Naturwissenschaften anerkanntermaßen überlegen sind. Die mathematische Bildung gehört heutzutage zu dem praktischen Handwerkzeug des Mediciners und ist für ihn, sofern man eigentlich wissenschaftliche Anforderungen an ihn stellt, geradezu unentbehrlich, wie das Prof. Dr. A. Bid in Würzburg in seinen „Betrachtungen über Gymnasialbildung“ näher ausgeführt hat. Es erscheint also die Forderung der Mediciner, daß den medicinischen Facultäten Studenten zugeführt werden, welche in Mathematik und Naturwissenschaften genügend vorgebildet sind, durchaus berechtigt. Da die beabsichtigten Änderungen im Lehrplane der Gymnasien ohne eine große Überbildung der Schüler nicht in Stande sein werden, die gegenwärtige Mängelhaftigkeit des mathematischen Unterrichts auf zahlreichen Gymnasien zu beseitigen, ist von Fachmännern, wie Dr. Conr. Friedländer in Hamburg und Director Krume in Braunschweig nachgewiesen; ebenso, daß eine solche Änderung ihre praktischen Wirkungen auf die Ausbildung der Aerzte erst etwa um das Jahr 1900 ausüben würde, worauf zu warten die Medicin keine Neigung hat. Es bleibt somit der bisher nur durch hältlose Vorurtheile verpreßt gebliebene Ausweg, daß den Realschul-Abiturienten der Zugang zu den medicinischen Studien gewährt wird. Nachdem ehemalige Realschul-Abiturienten im Baufach, Vorfach, im Militär, sowie im Lehrjahr als Mathematiker, Chemiker, Naturwissenschaftler und Neusprachler den ehemaligen Gymnasial-Abiturienten völlig Ebenbürtiges, ja Besseres geleistet, ist der in der Commission zur Beratung der Medicinal-Prüfungsordnung

von Gegnern der Realschule vorgebrachte Vorwand, als sei zu befürchten, daß die auf Realschulen vorgebildeten Mediciner wegen ihrer anders gearteten Vorbildung gemischaften eine niedere Klasse von Aerzten bilden würden, nicht mehr ernsthaft zu nehmen. Mit Recht weist schon Dr. Conr. Friedländer darauf hin, daß, wenn irgendwo die Verschiedenheit der Vorbildung gerade im Lehrfach, und besonders in denjenigen Lehrercollegien hervortreten müßte, in welchen ehemalige Gymnasial- und Realschul-Abiturienten gemeinsam thätig sind, daß aber vielfache Erfahrungen die völlige Unrichtigkeit der Ansicht beweisen, als seien die auf Realschulen vorgebildeten Collegen irgendwie ihren Collegen mit Gymnasialbildung untergeordnet. Mit Recht betont derselbe Schulmann, daß unmöglich die äußere Achtung des ärztlichen Standes dadurch beeinträchtigt werden kann, daß seine Leistungsfähigkeit gesteigert wird und erinnert an den Ausspruch des doch wahrlich urtheilsfähigen Provinzialschulrats Dr. Höpfner, den er kürzlich in Köln vor einer großen Versammlung gehabt: „Meine Erfahrungen gehen dahin, daß die Realschul-Abiturienten, auf welche Bläue man sie auch stellen möge, nie Männer zweiten Ranges sein werden!“ Ein den Realschulen günstiges Votum des Abgeordnetenbaus wird vorausichtlich auch bei dem Bundesratthe Beachtung finden, um so mehr, da der Cultusminister Dr. Falz gegenwärtig günstiger Gedanken gegen die Realschulen begiebt soll, als früher. Es handelt sich ja auch gar nicht darum, die Gymnasien zu beseitigen, oder auch nur darum, ihre Abiturienten vom Studium der Mathematik auszuschließen, sondern allein darum, daß die Realschule erster Ordnung, welche unter dem Einfluß des Staates in ihrer gegenwärtigen Organisation zum größten Theile als Schulen städtischer Gemeinden bestehen, ein größeres Gebiet zur Betätigung ihrer Leistung erlange, und zwar ein Gebiet, auf dem sie nach dem Urtheil von Medicinern Gutes zu leisten vermag.

[Marine.] S. M. Kanonenboot „Albatross“, 4 Geschütze, Commandant Corv.-Capit. Mensing I., ist am 11. December 1878 in Honolulu eingetroffen und beabsichtigt am 26. desselben Monats die Reise nach Apia fortzuführen.

Verbot auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21. October 1878. Die Druckschrift: Protokoll über den dritten Congress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, abgehalten zu Mainz am 7. bis 11. Septbr. 1872. Druck von W. Brae jun. zu Braunschweig.

— eb. Von der sächsischen Grenze, 2. Jan. [Verlobungsgesetz. — Sparkassen. — Aufforderung zum Versichern. — Lessingfeler. — Restanten. — Kunstgewerbeausstellung. — Sozialdemokratisches.] Die Gerüchte über die Verlobung des österreichischen Kronprinzen Rudolph mit einer dem sächsischen Königshause angehörigen Prinzessin sind auf die mysteriöse Fassung der ersten Mitteilung über die Verlobung des Prinzen Friedrich von Hohenzollern mit der Erbprinzessin von Thurn und Taxis zurückzuführen. — Der sächsische Minister des Innern hat soeben eine Verordnung betreffs der Sparkassen erlassen, in der er erklärt, an den bisher bei Bestätigung der Sparkassenregulativen befolgten Grundsätzen festzuhalten zu müssen. Bei dem vielfach zu Tage getretenen Streben nach Erweiterung der Kassen sei lediglich der Wunsch nach eigenem Gewinn maßgebend gewesen, der wohlthätige Zweck derselben aber, ja selbst die Rücksicht auf das Credit-Bedürfnis des Publikums, in den Hintergrund getreten. Dieser Aufschwung solle durch Festsetzung eines Maximalbetrages für die Einlagen einer und derselben Person in den Regulativen entgegengewirkt werden. Die Durchführung dieses Grundsatzes wird die Zurückziehung bedeutender Summen aus den Sparkassen zur Folge haben. In dem abgelaufenen Jahre werden die Einzahlungen die Rückzahlungen nur um ein Geringes übersteigen haben. — In einem sächsischen Dorfe fand man dieser Tage eine Aufforderung zur schleunigen Versicherung gegen Feuerungsgefahr angeschlagen, da eine näher bezeichnete Reihe von Häusern des Dorfes im Jahre 1879 „wegmüsse“. Bei der unter den Dorfbewohnern noch vielfach herrschenden Abneigung gegen Versicherung wirkt ein solcher Schrechschuß vielleicht nicht ungünstig. — Außer in Kamenz, Lessings Geburtsorte, wird der hundert und fünfzigste Geburtstag des größten Sohnes der Lausitz auch in andern Orten der Oberlausitz feierlich begangen werden. In Leipzig beabsichtigt der Schriftsteller-Verein „Symposion“ die Feier in die Hand zu nehmen. — In Sachsen besteht die Einrichtung, daß die Zinsen der ausgelösten Staatspapiere zwar auch nach dem Auslosungstermine weiter ausgezahlt, aber vom Capital abgezogen werden, das natürlich unverzinslich ist. In welchem Umfang die dadurch begünstigte Nichteinlösung der amortisierten Staatspapiere erfolgt, ergibt die letzte Restantensliste der Staatsgläubiger, derzu folge $1\frac{1}{2}$ Millionen Capital unerhoben geblieben sind. Der Vortheil, den der Staat dadurch erzielt, beläuft sich auf 53,000 Mark jährlicher Zinsen. — Die sächsische Kunstgewerbeausstellung in Leipzig wird in einer aus Stein, Eisen und Glas hergestellten Halle veranstaltet werden, die auf dem Königsplatz errichtet werden soll. Die Kosten der Herstellung werden 120,000 Mark betragen. — Aus Leipzig wird ein Zwiespalt zwischen Bebel und Liebknecht signalisiert, der für die sozialdemokratische Partei in Sachsen von ernsten Folgen sein dürfte. Gleichzeitig wird aber auch berichtet, daß in den Nachbarorten Leipzigs Connewitz, Gohlis, Volkmarssdorf, Anger etc. bei den Gemeinderathswahlen die Socialdemokraten den Sieg davongetragen haben.

Schweiz.

Zürich, 1. Jan. [Zum Beginn des Jahres. — Polenfeier in Rapperswyl. — Die Parteien in der Bundesversammlung.] Das Leben ist eine Kette von Abschieden. Wiederum müssen Völker und Einzelne von einem Jahre Abschied nehmen und mit ihm von manchen Freunden und Freunden, aber in weit stärkerem Maße von Leidern, unerfüllten Hoffnungen und bitteren Enttäuschungen. Millionen ist ihre schönen Fata morgana in Nichts zerlossen. Die Kunst, stets glücklich zu sein, soll eben noch erfunden werden, da die Menschen schwerlich Geschmack finden an dem unerfindbaren Mittel jenes Schlaukopfs, welcher sich für wahrhaft glücklich erklärte. Einem kranken König verordneten die Leibärzte als einziges Mittel zur Genesung das Hemd eines Glücklichen. Es wurde Land auf, Land ab nach einem Solchen gesucht. Der einzige, den man fand, hatte kein Hemd. — Die Schweizer Blätter lassen es an Rück- und Vorderblicken nicht fehlen, welche so ziemlich alle dem Vorwurf des Propheten Jeremias entlehnt sind. Wir verzeihen nur folgenden uns aus dem Herzen geschriebenen Wunsch des „Bund“: „Möchte es gelingen, die kolossalen Summen, welche den stehenden Heeren geopfert werden, zu vermindern und dadurch neue Hilfsquellen für die sociale Armut in Europa zu öffnen!“ — Wir wollen hier nachholen, daß in Rapperswyl am 29. November der 48. Jahrestag der polnischen Befreiungskriege gefeiert wurde. Nach dem Gottesdienste für die Gefallenen fand eine feierliche Sitzung im Schloß statt. Graf Plater bewilligte die Anwesenden und entwarf in längerer Rede ein Bild von der jetzigen Lage Europas, welche er als die Consequenz der seit der Theilung Polens begonnenen Politik darstellte. Der Redner begrüßte sodann im Namen seiner Landsleute den anwesenden verdienstvollen Patrioten Hiller. Die Rede schloß mit einer Schilderung des jetzigen Standes des polnischen Nationalmuseums, welches sich stets der Begünstigung der öffentlichen Meinung erfreut und so angewachsen ist, daß die Direction ein paar Hundert historische und ethnographische Gegenstände an die große Pariser Weltausstellung geschenkt konnte. In polnischer Sprache schilderte Graf Plater die jetzige Lage Polens, dessen Hoffnungen und die praktische systematische Thätigkeit der Gegenwart. Es wurden noch mehrere Reden gehalten, auch von Hiller. Nach der Sitzung besichtigte man die Sammlungen im Museum und vereinigte sich dann zu einem Festmahl, an welchem

mehrere Toaste in verschiedenen Sprachen ausgebracht wurden. Das Fest schloß mit polnischen Liedern: „Noch ist Polen nicht verloren“ u. A. — Der „Bund“ misert die Parteien in der etwas conservativer gewordenen Bundesversammlung, legt das Zinglein der Waage in die Hand der kleinsten Fraction, der liberal-conservativen Mittelpartei, mahnt die stärkste Fraction, die radical-demokratische Linke, zur Eile mit Weile und tadeln die zweitstärkste Fraction, die ultramontane, daß sie fast überall die Interessen der katholischen Kirche über die staatlichen setze und sogar leicht auf staatsfeindliche Abwege gerate. Gerade wie in Deutschland, wo auch Männer und Volksvertreter sich nicht schämen, ihren Verstand in die Tasche zu stecken und klopft nach der Pfeife des römischen Rattenfängers zu tanzen, welcher noch nicht einmal das Recht der Gewissensfreiheit begriffen hat.

Frankreich.

Paris, 31. Decbr. [Zwei Kundgebungen der deutschen Presse] geben heute durch sämmtliche Pariser Blätter. Die reactionären Organe delectieren sich an einem Artikel der in solchem Falle immer als „hochoffiziell“ bezeichneten „Nationalzeitung“, welche den Franzosen, wahrlich ohne Unterdrück der Parteifarbe, den freundshaftlichen Rath ertheilt, sich die Illusion von einem Rückgewinn Elsaß-Lothringens ein für alle Mal aus dem Kopfe zu schlagen. „Pays“, „Patrie“, „Français“, „Figaro“ u. s. w. erblicken in diesem Aufsage natürlich kurzweg eine Kriegsdrohung Bischoffs an die französische Republik und sind darüber seelenvergnügt. Zu ihrem Unglück können nun aber die republikanischen Blätter gerade mit einer Note der noch viel „hochoffiziöseren“ „Nord.“ Allg. Zeitung“ aufwarten, welche die conservativen Parteien in Frankreich nur bedauern kann, wenn sie in ihren Streitschriften für die Senatorenwahlen als Hauptargument gegen die Republik geltend machen, daß dieselbe dem Lande den Hass Europas zusiehe. „République Française“, „L'Emp“, „France“ u. s. w. nehmen entzückt von dieser Erklärung Act. Morgen werden die Einen sich wieder auf dieses, die Anderen auf jenes Blatt berufen und übermorgen beide unisono erklären, daß es doch eine wahre Schande sei, sich bei inneren Händen einen Bundesgenossen in der Presse des Landesfeindes zu suchen.

[Geschäftsstille.] Der Monat schließt, wie er begonnen und ohne jegliche Unterbrechung verlaufen, in der tiefsten Geschäftsstille. Man tröstet sich jetzt mit der Hoffnung, daß der Markt nach den Senatornwahlen sich wieder beleben werde. Die gegenwärtige Stagnation scheint aber dem aufmerksamsten Beobachter weitaus vorwiegend auf wirtschaftlichen Gründen zu beruhen, die durch eine Klärung der politischen Verhältnisse allein noch nicht behoben werden dürften. Auch vor einem Jahre glaubte man mit dem Wahlsiege der Republikaner, dem Antritte des Ministeriums Dufaure und der Perspective auf die Weltausstellung eine neue Epoche für die Pariser Börse eröffnet; diese von oben unvorsichtig genug durch officielle Verheißen aller Art noch unterhaltene Täuschung währt aber nur einige Monate; mitten in der Weltausstellung erlahmte das Geschäft, verstummte die Nachfrage am Comptantmarkt, von der zuletzt Alles abhängt, verschwanden die großen Ordres der haute finance und begann unter den günstigsten politischen Verhältnissen, in Abwesenheit jedes Conflictes, ja — sogar der Kammer selbst, eine Ära der Geschäftsstille, an welcher bis auf den heutigen Tag alle Galvanisierungsversuche gescheitert sind. Vergebens verbreitete und demonstrierte man wieder dann die Gerüchte von der Rentenconversion, vergebens nahm Frankreich an der Ordnung der egyptischen Finanzen Theil und brachte Rothchild eine neue Anleihe des Nilandes auf den Markt; vergebens fühlten diejenigen russische, österreichische, türkische Finanzminister und Projectenmacher den Puls, vergebens gründet sogar einer der gewandtesten Faiseurs, Herr von Soubezan, mit seiner Banque d'Escompte ein neues Spielpapier. Die Börse schlummert wie eine verwunsche Prinzessin und wir befinden uns zum Jahreswechsel, der sonst einer der fruchtbarsten Wendepunkte des Handelsverkehrs ist, mitten in einer Sauregurkenzeit. Die Börse hat bisher eben keinen Grund, für die junge Republik zu schwärmen; ihre besten Epochen seit dem Kriege fallen — bittere Ironie — unter die Ministranten vom 24. Mai 1873 und vom 16. Mai 1877. Schluß still: 5proc. Rente 111,92, 3proc. 76,60, neue amortisbare 79,87.

Belgien.

Brüssel, 30. Dec. [Hirtenbrief der belgischen Bischöfe.] In einem bombastischen, auch mit lateinischen Brocken gespickten Hirtenbrief protestiert der belgische Episkopat gegen die projectirte Revision des Elementar-Unterrichts-Gesetzes von 1842. Die Bischöfe haben nicht erst die Vorlegung des betreffenden Gesetzentwurfs abgewartet, um ihn zu verurtheilen und als den Ausbund alles Bösen zu erklären. Sie halten im Namen Gottes und als dessen direkte Vertreter auf Erden den gottlosen Ministern und den Kammer-Majoritäten ein „bis hierher und nicht weiter!“ entgegen, und befreuen sich dabei auf die ihnen vom Evangelisten Sanct Mathäus ertheilte Mission: „Geht hin und lehret die Völker!“ Diese Vollmacht, wenn sie überhaupt rechtsgültig war, ist längst verjährt und kann keinesfalls einen RechtsTitel gegenüber dem souveränen Volkswillen, der durch seine Vertreter schon längst die Emancipirung der Volksschule von der geistlichen Vormundschaft verlangt. Der belgische Clerus wird sich schon darein fügen müssen, wie er sich dazu bequemen mußte, nach ähnlichem Zetergeschiere, seit 1850 von den Realshulen ausgeschlossen zu werden. Bleibt ihm doch der Beichtstuhl, die Kanzel und die Sacristei; das ist mehr als er nötig hat, um den öffentlichen Schulen der Gemeinden und des Staates eine gefährliche und bedenkliche Konkurrenz machen zu können. Der collective Hirtenbrief ist einfach ein Manöver, um den Klosterschulen möglichst viele Zöglinge zuzuführen. Die Kammern und der freiheitlich gesinnte Theil der Nation werden sich dadurch nicht beirren lassen und zur Tagesordnung übergehen, d. h. sie werden dem allgemeinen Wunsch zufolge, den Sac zu verwirklichen suchen: der Schullehrer in die Schule, der Geistliche in seine Kirche! Das nennen der Cardinal-Erzbischof von Mecheln und seine sechs bischöflichen Collegen ein gottloses Project!

Großbritannien.

London, 1. Jan. [Zur Geschäftslage.] In den Sylvesterbetrachtungen der Tagesblätter, schreibt man der „A. B.“, wiegt neben einer erklärenden Wehmuth über die augenblickliche Arbeitslosigkeit und den dadurch herbeigeführten Notstand ein hoffnungsvoller Ton doch entschieden vor. In der That stehen die Dinge heute so, daß, obwohl die Hoffnung von der Gewißheit noch entfernt ist, ihr das Recht des Daseins doch nicht abgestritten werden darf. Auch auf dem Geldmarkte macht sich seit einigen Tagen die bessere Stimmung bemerkbar. Nach den düsteren Prophezeiungen einiger hervorragenden Blätter und den umgekehrten ermutigenden Neuheiten des Schatzanzlers sah man mit Spannung dem vierteljährlichen Finanz-Ausweise entgegen. Derselbe lautet im Ganzen nicht ungünstig. Die Staatseinnahmen zeigen im abgelaufenen Vierteljahr 686,368, im abgelaufenen Jahre 1,803,485 Pf. Sterl. mehr als in den entsprechenden Zeiträumen des vorhergegangenen Jahres. Im Vierteljahr haben die Stempelerträge um 107,000 Pf. Sterl. abgenommen,

die Getränkesteuer mit den sonst unter der Accise gruppierten Steuern um 135,000 Pf. Sterl. zugenommen; Zolleinnahmen und Einkommensteuer erfuhrn auffälliger Weise eine Vermehrung von je 98,000 Pf. Sterl. Die Zunahme der Accise-Einnahmen wird vielleicht nicht, oder nicht allein, dem stärkeren Verbrauche geistiger Getränke zu Gute zu schreiben sein. Es fällt in dieses Capitel auch die um 50 p.C. erhöhte Hundesteuer, von welcher allerdings ein höherer Ertrag kaum erwartet wurde. Die Zunahme der Zölle ist erfreulich; da die Erwartung des Schatzanzlers, daß die erhöhte Tabaksteuer mehr einbringen würde, sich nicht erfüllt hat, so muß sich also der Handel auf anderen Gebieten ersprießlicher gestaltet haben.

[Henry Vincent †.] Vor wenigen Tagen ist in einer Vorstadt Londons ein Mann in Vergessenheit gestorben, dessen Name vor dreißig bis vierzig Jahren hier in England auf Federmanns Lippen war und der damals einen Einfluß ausübte, wie er nur Wenigen beschrieben ist. Henry Vincent hieß damals „der Demosthenes der Chartisten“. Von den zwölf Führern der Chartistenpartei, welchen die Aufzettung der People's charter übertragen wurde, bleibt nach Vincent's Tode nur noch einer am Leben, der alte Robt. nämlich, der heutzutage nichts weniger als Chartist ist, sondern zu den Anhängern der conservativen Regierung zählt und von ihrer Hand die Würde eines Geheimen Rathsmittgliedes angenommen hat, welche ihn dazu berechtigt, den Titel „sehr ehrenwerth“ vor seinem Namen zu führen. Vor siebenunddreißig Jahren machte Vincent den Versuch, in Kilmarnock in's Unterhaus gewählt zu werden. Sein Gegenkandidat war der Whig Bouvierie. Die riesende und lebendige Besiedeltheit des Chartisten bestach so viele Wähler, daß Bouvierie seinen schlesiischen Erfolg nur einem Zufall zu verdanken hatte. Von der Parlaments-Arena ausgeschlossen, widmete sich Vincent der Belehrung des Publikums durch öffentliche historische Vorträge über ihm zugesagende Charaktere. Namentlich behandelte er mit Vorliebe die Thaten Cromwell's.

Zwergvölker im äquatorialen Afrika.

In der „W. A.“ behandelt F. Louna, gefügt auf die „Skizzen aus West-Afrika“, Selbsterlebnisse von Dr. Oskar Lenz, und auf Schweinfurth's Schilderungen diese interessante ethnographische Spezialität. Wir theilen diese übersichtliche Darstellung nachstehend unseren Lesern mit:

Eine Reihe von Völkern von der Nähe der Westküste bis weit nach Osten hin dehnt sich aus, die durch viele gemeinsame Eigenthümlichkeiten unter einander verknüpft erscheinen, Völker, die sich von den umwohnenden Stämmen vielfältig unterscheiden und diese letzteren ebenfalls aus ihren früheren Besitzungen verdrängt haben. Das ethnographische Durcheinander ist auch in Central-Afrika ein ganz bedeutendes. Keilförmig mischen sich einzelne Völkertypen zwischen andere hinein, und rings umgrenzt von ganz abweichenden Typen finden sich an vielen Orten Stämme und Völkerstaaten der verschiedensten Art. Ein solches Volk wären beispielweise auch die Monbuttu, die im Süden von den Sanden aufstreten und von Schweinfurth in so meisterhafter Weise geschildert wurden. Den Kannibalismus haben sie zwar mit den Stämmen der Fan gemeinsam, ja nirgends sonst wird so gierig Menschenfleisch verzehrt, als gerade bei den Monbuttu. Ihre lichte Farbe, ihr intelligentes Wesen, ihre Züge u. s. w. zeigen uns jedoch viel Abweichendes von ihren nächsten Nachbarn und lassen sie den Fulbe in West-Afrika ähnlich werden. Gerade so wie wir in drei weit von einander entlegenen Distrikten ausgesprochene Kannibalen antreffen, die in so vielfacher Weise als stammverwandt erscheinen, so finden wir in denselben Distrikten und neben den Menschenfleisch liebenden kriegerischen Stämmen der Fan, Warega und Niam-Niam in einer nicht weniger auffälligen Uebereinstimmung Völker von auffallend kleinem Wuchs verbreitet, Zwergvölker, die uns den Beweis erbringen, daß auch den Pygmäen-Sagen der Griechen eine wahre Thatsache zu Grunde liegt. Freilich sind diese Pygmäen nicht zwei bis drei Spannen hoch, wie es in der Sage behauptet wurde, wenn gleich schon Herodot die Sache in die richtigen Grenzen brachte, indem er von Menschen, die „nicht einmal von mittlerer Größe“ waren, berichtete. Lenz hat alles über diese Zwergvölker Bekanntgewordene zusammengestellt und eigene interessante Beobachtungen beigelegt.

Bereinigte Nachrichten über kleine Negerstämme sind schon seit lange bekannt. Der Erste, dem wir aber aussführlichere Mittheilungen verdanken, ist der Franzose du Chaillu, dessen Schilderungen Lenz wieder voll Gerechtigkeit angedeihen läßt. Obongo nannte du Chaillu kleine Leute im Ashira-Lande, in welchen Lenz seine Abongo im Okande-Lande vollkommen wiedererkannte. Er schildert sie als gleichgültig und stumpfsinnig, nur Salz konnte sie einzigermaßen lebendig machen. Schwächlicher Körperbau, dünne, ziemlich lange Gliedmaßen, ein stumpfsinniger Gesichtsausdruck, ein unruhiges, scheues Auge, sehr delichocephaler Schädel mit ziemlich stark prognather Kieferstellung, kleine, zierliche Hände und Fäße, die Hautfarbe ein ziemlich lichtes Chocoladebraun, aber nicht so stark ins Gelbliche gehend wie bei den Fan, kurzes, wolliges Haupthaar und eine Durchschnittshöhe von 132 bis 142 Centimeter bei ausgewachsenen Männern, bei Frauen bedeutend weniger, — das sind, in wenig Worte zusammengefaßt, die charakteristischen Merkmale der von mir beobachteten Abongo. So schildert sie uns Lenz. Der kleinste Abongo, den Lenz sah, ein fünfzigjähriger Mann, maß nur 130 Centimeter, war aber dabei so ziemlich proportionirt.

Die Abongo sind trotz ihrer Kleinheit tüchtige Jäger und versetzen auch weitmärsige Neige zu stricken, mit welchen sie ihr Wild einfangen. Sie führen eine unståte Lebensweise, ihre Niederlassungen sind daher auch überaus dürfsig, ihre runden Hütten, höchstens vier Fuß hoch, werden aus den Blattstielen der Weinpalme (Raphia vinifera) verfertigt, einem Baumaterial, aus dem auch die riesigen Hallen des mächtigen Monbuttu-Fürsten Munsa erbaut waren.

Vergleichen wir nun mit den gegebenen Mittheilungen die Aufzeichnungen Stanley's über die Zwergvölker am Congo. Die erste Nachricht von „kleinen Leuten“ wurde ihm von einem Araber gegeben, der einen Handels- und Kriegszug in das weite Gebiet im großen Bogenlaufe des Livingstonestromes mitgemacht hatte. Zuerst hatten die Araber im Lande der Wakuna, im Westen des Stromes, vereinzelte Zwergen gefunden, die sich bis an die Grenze ihres eigenen Landes führten. „Die Zwergen kamen von allen Seiten herbei“, rief der Araber aus. „O, es ist ein stark bewohntes Land! Und sie alle brachten Elephantenzähne.“ Sie waren alle nackt, der König und das ganze Volk, für welches verschiedene Namen genannt werden: Watwa, Watwanga, Watuma und Watumu. Die Leute sollen sehr boshaft und mordgierig sein. Jene arabische Handelscaravane wurde durch sie fast vollständig aufgerieben. Stanley bekam nur einen einzigen Menschen dieser Art zu Gesicht und beschreibt ihn etwa folgendermaßen:

Er war nur 138 Centimeter hoch, sein Kopf war groß, die Kinnlade weit vorspringend, sein Gesicht unten mit einem dünnen, zottigen Backenbart umgeben, und seine Haut hell chocaladenfarben. Er trug einen kurzen Bogen und kurze, kaum fußlange Rohrpeile,

Berliner Börse vom 3. Januar 1879.

Fonds- und Geld-Course.

		Wechsel-Course.
Deutsche Reichs-Anl.	4	95,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,90 bz
do. do.	1876	95,40 bz
Staats-Anleihe	4	94,90 bz
Staats-Schuldcheine	3½	91,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	146,60 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,90 bz
Berliner	4½	101,80 bz
Pommersche	3½	84,20 bz
do. do.	4	94,90 bz
do. do.	4½	102,40 bz
Posensche neue	4	94,75 bz
Schlesische	3½	86,50 bz
Landschaft Central	4	94,80 bz
Kur. u. Neumärk.	4	95,30 bz
Pommersche	4	95,75 bz
Posensche	4	95,25 bz
Preussische	4	95,25 bz
Westfäl. n. Rhein.	4	98,50 bz
Sächsische	4	97,00 bz
Schlesische	4	96,75 bz
Badische Präm.-Aal.	4	122,50 bzG
Kaisersche 40% Anleihe	4	124,00 G
Cöln-Mind. Prämiesch	3½	115,50 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,80 bz
Kurh. 40 Thaler-Loope	24,00 B	
Badische 35 Fl.-Loope	145,60 bzG	
Braunschw. Präm.-Anleihe	81,60 G	
Oldenbor. Loope	138,60 bz	
Ducaten — —	[Dollars] 4,18 f.	
Sover. — —	Oest. Bkn. 173,25bz	
Napoleon 16,18bz	do. Silbergd 171,50 bz	
Imperials — —	Russ. Bkn. 191,13 bz	

Hypotheken-Certificate.

		Hypotheken-Certificate.
Krapp'sche Partial-Ob.	5	107,50 bz
Krapp'sche Pfd. d. Pr. Hyp. B.	4½	90,50 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-Pfd.	4½	94,75 bz
do. do.	5	100,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do.	(1872)	101,50 bz
do. rückz. b. 110	107,40 bz	
do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	100,25 bzG
Kundb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Ant. Nord.-G.-C. B.	5	93,00 G
do. do. Pfandb.	5	92,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe.	5	96,25 G
do. do. II. Em.	5	87 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,75 bz
do. do. II. Em.	5	106,30 bz
do. 50% Pfz. k. k. m. 110	5	97,00 bzG
Meininger Präm.-Pfd.	5	100,00 bz
Pfd. d. Oest.-Rd.-Cr.-Ge.	5	—
Schles. Bodenr. Pfd.	5	99,10 G
do. do.	4½	94,75 G
Südd. Bod.-Crd.-Pfd.	5	103,00 G
do. do.	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

		Ausländische Fonds.
Oest. Silber-B.	1½, 4½, 7½	54,50 bz
do. do.	1½, 4½, 10½	54,40 bz
do. Goldrante	4	63,40 B
do. Papierrente	4	53,30 bzG
do. 54% Präm.-Anl.	4	103,00 G
do. Lott.-Anl. v. 63	5	112,75 bz
do. Credit-Loose	fr.	298,00 bz
Basa. Präm.-Anl. v. 6	5	146,75 bz
do. do.	1866	143,95 G
do. Bod.-Crd.-Pfdbr.	5	74,10 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	76,25 G
Basa. Poln. Schatz-Obl.	5	79,80 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	61,80 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,50 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90 G
do. do.	1885	—
do. 50% Anleihe	5	104,60 G
Ital. 50% Anleihe	5	74,40 bzG
Ital. Bod.-Ahl.	6	103,50 B
Raab-Grazer 100 Thlr.	4	70,25 bzG
Rumänische Anleihe	8	103,10 bzG
Türkische Anleihe	8	11,60 bz
Ungar. Goldrente	6	72,75 bz
St. Eisab.-Anl. 3	72,75 bz	
Schwedische 10 Thlr.-Loope	—	
Finnische 10 Thlr.-Loope	39,20 B	
Türken-Loope	56,75 bz	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

		Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.
Berg.-Märk. Seria II.	4½	100,50 bz
do. V. St. 31	5½	65,00 bz
do. VI. 31	100,40 bz	
do. Hess. Nordbahn	5	104,50 B
Berlin-Görlitz	5	101,75 B
do. do.	4½	59,90 B
Bresl.-Freib.	4½	84,30 bzG
do. Lit. C.	4½	95,75 G
do. do.	4½	95 B
do. J. 4½	—	
do. K. 4½	94,50 bz	
do. von 1876	5	102,00 B
Döll-Minden III. Lit. A.	4	93,00 G
do. Lit. B.	4½	100,30 G
do. IV.	4	94,25 bz
V. 4	93,25 bz	
In Liquidation.		

		In Liquidation.
Berliner Bank	—	fr. 3,50 bz
Berl. Bankverein	—	fr. 27 G
Berl. Wechsler-B.	—	fr. —
Centralb. d. Genos.	—	fr. 15,50 G
Deutsche Unionsb.	—	fr. 20,00 G
Gwh. Schuster u. C.	—	fr. —
Moldauer Lds.-Bk.	—	fr. —
Ostdeutsche Bank	—	fr. —
Sachs. Cred.-Bank	—	fr. 107,00 G
Schl. Vereinbank	5	84,50 bzG
Weimarer Bank	0	fr. 33,00 G
Wiener Unionsbk.	3½	115,00 G

		Industrie-Papiere.
Berl. Eisenb.-Süd.-A.	—	fr. 490 G
D. Eisenbahn-B.	6	6,90 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	470,00 bzG
Mark. Sch. Masch.G.	0	24,25 bzG
Nordd. Guflmireit.	4	46 G
Westend. Com.-G.	—	fr. 0,20 G
Pr. Hyp.-V. Act.	8	84,50 G
Schl. Feuerwerks	25	900 B
Donnersmarkhütt.	3	24,50 B
Dortm. Union	0	6,25 bzG
do. abgest.	0	14,40 bz
Königs- u. Laurah.	2	67,70 bzG
Marienhütte	3	21,10 G
Ochs. Eisenwerke	0	7,00 G
Com. Redenhuette	—	—
do. abgest.	0	7,00 G
Lauchhammer	—	78,00 G
Marienhütte	3	40,00 bzG
Schl. Kohlenwerke	0	—
do. abgest.	0	—
Schl. Zinkh.-Actien	6½	—
do. St. Pr.-Act.	6½	—
Borsig'sche	0	—
Tarnowitz. Bergb.	0	—
Vorwärthütte	0	—
Baltischer Lloyd.	—	fr. 5 G
Bresl. Bierbrau.	0	—
Bresl. E.-Wagenb.	1	51,00 B
Erdm. Spinnerei	0	49,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—
Hofzin's. Wag. Fabr.	0	43,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	18,25 G
Schl. Leinenind.	4	31,00 bz
do. Porzellan-fab.	1½	65 G
Wilhelmsh. M.A.	0	43,00 bz

		Bank-Discount 4½ p.C.
do. III.	5	94,20 B
do. IV.	5	84,50 bzB
do. V.	5	81,80 bz

Berlin, 3. Jan. [Producent-Bericht.] Das Wetter ist freundlich bei leichtem Frost. Der Terminhandel mit Roggen war heute wieder außerordentlich still und in den Preisen hat sich nichts verändert. Loco geht wenig um, weil das Angebot knapp ist; an Verwendung für gute Qualitäten würde es zur Zeit nicht fehlen. — Roggenmehl leblos. — Weizen ist nominell unverändert im Werthe, der Handel auf Termine und auch Loco steht nahezu vollständig. — Hafer Loco im Ganzen preishaltend, aber nur die besseren Sorten verlaufen sich leicht. Ternitze ohne Umfrage. — Rüböl in matter Haltung; der Verkehr ist sehr schwach gewesen, die Preise neigen zum Rückgang. — Petroleum fest und etwas besser bezahlt. — Spiritus

war ziemlich beliebt und es entwickelte sich zu mäßig anziehenden Preisen ein lediglich reger Umsatz.

Roggen Loco 150—190 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, seiner weisser märkischer — M., seiner gelber russischer — M., weisser poln. — M. ab Bahn bez., per Januar — M. bez., per April-Mai 179 M. nom., per Mai-Juni 181 M. nom., per Juni-Juli — M. bez. Gefündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 174 M. — Roggen Loco 116 bis 128 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 115—117½ M., inländischer 123 bis 125 M., seiner inländischer 126 bis 127 Mart ab Bahn bez., per Januar 119½—120 M. bez., per Januar-Februar 119½—120 M. bez., per Febr. März 120½—121 M. bez., per April-Mai 121—121½ M. bez., per Mai-Juni 121½—122 M. bez., per Juni-Juli — M. bez. Gefündigt. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Gerste Loco 110—115 M. nach Qualität gefordert, — Mais Loco — M. nach Qualität gefordert, seiner neuer römäniischer 118 M. ab Bahn bez. — Hafer Loco 95—135 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oft und westeuropäischer 100—112 Mart bez., per Januar — M. bez., per April-Mai 115 M. bez., per Mai-Juni 117 M. bez. Gefündigt. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erben, Kochware 132—187 M. Futterware 113—1